Evangelische Volkspartei
Kanton Solothurn

André Wyss
Kantonsrat Solothurn

Sessionsbericht 27./28. Januar 2026

Das neue Polit-Jahr ist – zumindest was den ordentlichen Ratsbetrieb betrifft – ziemlich ruhig gestartet. Die Januar-Session hatte keine grossen Brocken und die Traktandenliste war relativ kurz. Zudem ging es verhältnismässig häufig eher um «innere» Angelegenheiten, wie die nachfolgende Auswahl zeigen wird.

Auch mein Auftrag zur «Entpolitisierung der SNB-Ausschüttungen» ging in diese Richtung, hatte dieser doch weniger einen Einfluss auf das Solothurner Volk, sondern ging es um die etwas technische Frage, wie in Zukunft mit den SNB-Millionen umgegangen werden soll. Da die SNB-Ausschüttungen von Jahr zu Jahr teils stark schwanken, führen sie beim Budget und bei der Jahresrechnung immer wieder zu grossen Diskussionen. Eine nachhaltige Finanzpolitik sollte aus meiner Sicht aber nicht eine kurzfristige, sondern eine mittel- bis langfristige Perspektive haben; diesbezüglich sind die Ausschüttung ziemlich gut kalkulierbar, weil sich die Schwankungen über die Jahre ausgleichen. Aus diesem Grund habe ich vor einem Jahr einen Auftrag eingereicht, der verlangte, dass die SNB-Ausschüttungen zukünftig in Erfolgsrechnung, Budget und Finanzplan mittels einer Schwankungsreserve geglättet werden. Die Folge wären klarere und stabilere Finanzverhältnisse. Der Regierungsrat nahm den Ball auf, wollte aber nicht ganz so weit gehen wie ich. Schliesslich erhielt die Kompromissversion den Zuschlag.

Zu reden gaben drei Vorstösse von den Grünen zur Klimapolitik – allerdings weniger inhaltlich. Die Krux hier war, dass das Stimmvolk am 9. Februar 2025 das damalige Energiegesetz relativ deutlich abgelehnt hat. Nur rund drei Monate später haben die Grünen Anliegen, welche im Rahmen des neuen Energiegesetzes hätten umgesetzt werden sollen, aber eben abgelehnt wurden, wieder neu eingereicht. Für sie ist es wichtig, dass man in Sachen Erreichung der Klimaziele dranbleibt. Für den grösseren Teil des Kantonsrates ist dies aber ein Affront gegenüber dem Stimmvolk. Auch wenn unsere Fraktion beim einen oder anderen Auftrag inhaltlich durchaus gewisse Sympathien hatte, so hätte es komisch angemutet, den Entscheid des Stimmvolkes einfach zu ignorieren.

Lange – mehr als fünf Viertelstunden – diskutiert wurde über die Crack-Situation in den Städten. Die Lage scheint immer mehr auszuarten, während die Städte, die Gemeinden und der Kanton sich für ihr Nichtstun gegenseitig die Schuld zuschieben. Einig war man sich einzig, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Bei der Frage wie, wann und wer gab es aber keinen Konsens. Sucht wäre ein Leistungsfeld der Gemeinden, muss aber überregional oder kantonsweit angegangen werden. Der Verband der Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG) scheint hier den Lead, den er einnehmen müsste, nicht einnehmen zu können oder zu wollen. Entsprechend werden die Stimmen immer lauter, die verlangen, dass der Kanton aktiv wird. Ganz so einfach ist das aber nicht, hierfür müssten zuerst die gesetzlichen Rahmenbedingungen geändert werden. Das wiederum dauert aber zu lange, um die aktuellen Probleme zeitnah angehen zu können. Die Diskussionen endeten in der Überweisung eines Auftrags, welcher das Problem aber auch noch nicht wirklich befriedigend lösen wird. Das letzte Wort ist hier sicherlich noch nicht gesprochen.

Einen speziellen Vorschlag machte die SVP mit dem Auftrag «Leistungsorientierte Entlöhnung für Kantonsräte». Damit sollte erreicht werden, dass der Kantonsrat dann höher entschädigt wird, wenn er ein positives Budget verabschiedet. Dies ist aus mindestens zwei Gründen fragwürdig: Zum einen hat das Budget wenig mit dem effektiven Erfolg zu tun. Kein CEO der Welt wird dafür belohnt, wenn er ein gutes Budget präsentiert. Entscheidend ist die effektive Jahresrechnung. Zum anderen könnte sich der Kantonsrat so theoretisch eine höhere Entschädigung «erhaschen», in dem er das Budget einfach entsprechend «frisiert», was wohl kaum im Sinne des Erfinders ist. Der Auftrag hatte keine Chance und wurde klar abgelehnt.

Persönlich

Bei meinem eigenen Auftrag **«Entpolitisierung der SNB-Ausschüttung»** war ich Sprecher der Fraktion.

Bei einem Vorstoss zum Thema **«Steuerlicher Abzug von energetischen Sanierungen im Gebäudebereich»** hielt ich ein Einzelvotum.

In Kürze

Diskutiert wurde weiter über Zwangsmassnahmen in der Psychiatrie, über die Abschaffung der Bewegungsjagd (welche aber gemäss Kantonsrat nicht abgeschafft werden soll) und über eine Verschärfung beim Hundegesetz.

Die nächste Session findet am 17./18./25. März 2026 statt.

André Wyss

www.evp-so.ch | www.andrewyss.ch